

Ernst A. Kramer  
Thomas Probst  
Roman Perrig

Schweizerisches Recht der  
**Allgemeinen  
Geschäftsbedingungen**

2. Auflage

AGB



Stämpfli Verlag

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) sind im heutigen Geschäfts- und Rechtsverkehr allgegenwärtig. Sie gehören zu den praktisch relevantesten Aspekten des Vertragsrechts und spielen daher in sämtlichen Branchen eine zentrale Rolle. Stösst die Vertragsabwicklung unter den Vertragsparteien auf Probleme, kommt es regelmässig zu Meinungsverschiedenheiten über die Verbindlichkeit und Auslegung von AGB. AGB-Fragen gehören daher zur klassischen anwaltlichen, unternehmensjuristischen und richterlichen Tätigkeit.

Das schweizerische AGB-Recht ist geprägt von einem komplexen Zusammenwirken obligationen-, lauterkeits- und unionsrechtlicher Elemente. Vieles ist umstritten oder unklar und es besteht eine kaum noch zu überblickende Fülle von Einzelpublikationen, die dem Rechtssuchenden die Orientierung nicht leicht macht. Rechtssicherheit vermittelnde Rechtsprechung gibt es nur spärlich.

Zur praktischen Orientierung in diesem Dickicht bietet die vorliegende, ergänzte Zweitaufgabe eine systematische Gesamtdarstellung, welche die zentralen Elemente der schweizerischen AGB-Kontrolle für Lehre und Praxis erörtert. Sie stellt die Grundlagen des schweizerischen AGB-Rechts und deren Kontrollinstrumente dar, fasst die umfangreiche EuGH-Rechtsprechung konzis zusammen und bespricht diverse relevante Einzelfragen.

---

**Ernst A. Kramer**

Dr. iur., DDr. h.c., Prof. em. an der Universität Basel

**Thomas Probst**

Dr. iur., Rechtsanwalt, LL.M. (Harvard), lic. oec. HSG,  
Prof. an der Universität Fribourg

**Roman Perrig**

Dr. iur., Rechtsanwalt, LL.M. (Berkeley)

**Schweizerisches Recht der**

**Allgemeinen**

**Geschäftsbedingungen (AGB)**

2. Auflage



Stämpfli Verlag

---

Zitervorschlag:

Autor in: Kramer/Probst/Perrig, CH-Recht AGB, 2. Auflage, N ...

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z.B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2023  
[www.staempfliverlag.com](http://www.staempfliverlag.com)

E-Book ISBN 978-3-7272-2623-6

Über unsere Online-Buchhandlung [www.staempfishop.com](http://www.staempfishop.com)  
ist zudem folgende Ausgabe erhältlich:

Print ISBN 978-3-7272-2622-9



---

## Vorwort zur zweiten Auflage

Seit der Auflage von 2016, die erstmals eine *Gesamtdarstellung* des schweizerischen Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) bot, hat das AGB-Recht sich fortentwickelt. Neben diversen wissenschaftlichen Einzelbeiträgen sind namentlich zwei Aspekte zu erwähnen: Einerseits hat der Gesetzgeber mit *Art. 8a UWG* eine am 1. Dezember 2022 in Kraft getretene *branchenbezogene Sonderbestimmung* zum Schutz der Beherbergungsbetriebe vor Paritätsklauseln von Online-Buchungsplattformbetreibern eingeführt. Obschon diese Bestimmung im UWG steht, beruht sie weniger auf lauterkeitsrechtlichen als auf kartellrechtlichen Motiven und lässt die schweizerische Rechtslage auf dem Gebiet der AGB nochmals komplexer werden. Andererseits sind seit der Erstauflage rund achtzig *neue EuGH-Entscheidungen* ergangen, welche für die Schweiz ebenfalls von Bedeutung sind. Die Einarbeitung dieser Rechtsprechung sowie die allgemeine Aktualisierung und Vervollständigung des Textes hat die vorliegende Zweitaufgabe entsprechend umfangreicher werden lassen. Der Aufbau des Buches, die Autorenschaft und deren Zuständigkeit für die einzelnen Kapitel sind unverändert geblieben.

Die Autoren danken dem Staempfli-Verlag für die rasche und kompetente Drucklegung. Sie hoffen, auch mit der vorliegenden Zweitaufgabe einen aktuellen Beitrag zum schweizerischen AGB-Recht zu leisten und nehmen allfällige Anregungen zur Verbesserung oder Ergänzung aus Wissenschaft und Praxis gerne entgegen.

Im Mai 2023

Ernst A. Kramer, Thomas Probst, Roman Perrig

## Vorwort zur ersten Auflage

Das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen ist dogmatisch wie praktisch ein sehr bedeutsames Gebiet der schweizerischen Rechtsordnung und hat mit dem neuen Art. 8 UWG zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Aus *dogmatischer* Sicht ist das helvetische AGB-Recht von einem komplexen Zusammenwirken *obligationenrechtlicher*, *lauterkeitsrechtlicher* und *unionsrechtlicher* Elemente geprägt, die einerseits eine differenzierende, andererseits eine integrierende Betrachtungsweise erfordern. Aus *praktischer* Sicht gehört die Übernahme von AGB zum rechtsgeschäftlichen Alltag von Unternehmen und Konsumenten und damit auch zur üblichen Arbeit *anwaltlicher*, *richterlicher* und *unternehmensjuristischer* Tätigkeit. Trotz dieser grossen Bedeutung und permanenter Aktualität des AGB-Rechts fehlte in der umfangreichen schweizerischen Literatur bisher eine *systematische Gesamtdarstellung*, die sowohl für die Bedürfnisse der Lehre als auch der Praxis die wesentlichen Elemente der *schweizerischen AGB-Kontrolle* darstellt und deren Zusammenhänge herausarbeitet.

Diese Lücke wollen die Autoren mit dem vorliegenden Buch schliessen. Obwohl sie die umfangreiche Materie unter sich aufgeteilt haben, versteht sich das Buch als Gemeinschaftswerk. In einem *Ersten Teil* werden die *Grundlagen* des schweizerischen AGB-Rechts erörtert und geklärt (insbesondere die Grundproblematik von AGB, ihr rechtsvergleichender, rechtsgeschichtlicher und unionsrechtlicher Hintergrund sowie die Grundbegriffe). Der anschliessende *Zweite Teil* bietet eine detaillierte und systematische Darstellung der massgeblichen *AGB-Kontrollinstrumente* (Konsens-, Auslegungs-, Gültigkeits- und offene Inhaltskontrolle) aufgrund des Obligationen- und des Lauterkeitsrechts. Dabei wird für die Bedürfnisse der Praxis u.a. die umfangreiche EuGH-Rechtsprechung zusammengefasst und zu *Leitsätzen* verdichtet. Der *Dritte Teil* befasst sich mit einigen – sowohl theoretisch als auch praktisch – relevanten *Einzelfragen* (namentlich dem Verhältnis der Ungewöhnlichkeitsregel zur offenen Inhaltskontrolle; den Klagen unter AGB-Verwendern; den Klagen von Konsumentenschutzorganisationen; diversen problematischen AGB aus der aktuellen Praxis sowie der kartellrechtlichen AGB-Kontrolle). Im *Anhang* sind europarechtlich und rechtsvergleichend relevante Normen abgedruckt.

Die Autoren bedanken sich beim Verlag Staempfli für die speditive und kompetente Drucklegung. Sie hoffen, mit ihrem Buch einen Beitrag zum schweizerischen AGB-Recht zu leisten und nehmen allfällige Anregungen zur Verbesserung oder Ergänzung aus Wissenschaft und Praxis gerne entgegen.

Im April 2016

Ernst A. Kramer, Thomas Probst, Roman Perrig

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort zur zweiten Auflage</b> .....	<b>V</b>
<b>Vorwort zur ersten Auflage</b> .....	<b>VI</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>VII</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>XVII</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>XXXI</b>
<b>Erster Teil: Grundlagen</b> .....	<b>1</b>
<b>§ 1 Einführung in das Recht der AGB</b> .....	<b>1</b>
I. Relevanz, Funktionen und Rechtsnatur der AGB; Missbrauchsgefahr und Schutzbedürftigkeit des Kunden .....	1
1. Die faktische Relevanz und die Funktionen der AGB.....	1
2. Die Rechtsnatur der AGB in normativer und soziologischer Sicht.....	2
3. Die Missbrauchsgefahr .....	5
4. Die Schutzbedürftigkeit des Kunden .....	7
5. Präzisierungen zur Schutzbedürftigkeit.....	13
II. Ansatzpunkte einer AGB-Kontrolle.....	15
1. Mögliche Kontrollmodelle .....	15
2. Wo setzt die richterliche AGB-Kontrolle an? .....	17
<b>§ 2 Geschichtliche und rechtsvergleichende Hinweise</b> .....	<b>23</b>
I. Rechtsgeschichte .....	23
II. Rechtsvergleichung .....	24
1. Deutschland .....	25
2. Österreich (unter Einbezug von Liechtenstein) .....	30
3. Italien.....	33
4. Frankreich.....	34
<b>§ 3 Europarechtliche Grundlagen der AGB-Kontrolle; AGB-Kontrolle nach dem UN-Kaufrecht und nach internationalen Restatements des Vertragsrechts</b> .....	<b>38</b>
I. Die Klausel-Richtlinie der EU vom 5.4.1993 .....	38
II. Der Entwurf der EU-Kommission zu einer Verordnung über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht (CESL) vom 11.10.2011 .....	43
III. UN-Kaufrecht (CISG).....	45

IV. Internationale Restatements zum Vertragsrecht (UNIDROIT Principles of International Commercial Contracts [PICC] sowie Principles of European Contract Law [PECL]) .....49

**§ 4 Kurzer geschichtlicher Rückblick auf die Entwicklung des schweizerischen AGB-Rechts; Würdigung des *status quo* .....52**

I. Die Judikatur des Bundesgerichts zur Ungewöhnlichkeitsregel:  
Verdeckte Inhaltskontrolle .....52

II. Keine offene Inhaltskontrolle durch das Bundesgericht;  
die lauterkeitsrechtliche Reaktion des Gesetzgebers .....53

III. Gesamtwürdigung des schweizerischen Wegs einer  
AGB-Inhaltskontrolle über das Lauterkeitsrecht .....56

**§ 5 Grundbegriffe des schweizerischen AGB-Rechts.....58**

I. Allgemeine Geschäftsbedingungen oder Individualabrede? .....58

1. Der Begriff der AGB .....58

2. Der Begriff der Individualabrede .....63

II. Vollübernahme oder Globalübernahme von AGB? .....64

III. Das Zusammenspiel von AGB, Individualabrede,  
Vollübernahme und Globalübernahme im Rahmen der  
Konsenskontrolle .....68

IV. Die Begriffe des Konsumenten und des Unternehmers .....69

1. Allgemeines .....69

2. Der Begriff des Konsumenten .....70

3. Der Begriff des Unternehmers .....72

**Zweiter Teil:**

**Kontrollinstrumente des schweizerischen AGB-Rechts.....73**

**§ 6 Überblick über die AGB-Kontrollinstrumente .....73**

I. Gesetzliche Ausgangslage .....73

II. Die einzelnen AGB-Kontrollinstrumente .....74

1. Konsenskontrolle .....75

2. Auslegungskontrolle .....76

3. Gültigkeitskontrolle .....76

4. Offene Inhaltskontrolle .....77

III. Tragweite des Transparenzgebots .....78

IV. Reihenfolge der AGB-Kontrolle .....80

**§ 7 Konsenskontrolle.....81**

I. Allgemeines .....81

1. Zweck und Inhalt der Konsenskontrolle .....81

2. Spezialgesetzliche Sonderregeln .....82



II.	Rechtsgeschäftliche Einbeziehung der AGB (insb. Zugänglichkeitsregel).....	87
1.	Formen der Einbeziehung.....	87
a.	Ausdrückliche und konkludente (stillschweigende) Einbeziehung.....	87
b.	Globalübernahme und ihre Schranken.....	89
aa.	Globalübernahme und Vollübernahme.....	89
bb.	Zugänglichkeitsregel und Ungewöhnlichkeitsregel als Schranken.....	90
2.	Massgebender Zeitpunkt der Einbeziehung.....	93
a.	Einbeziehung vor bzw. bei Vertragsschluss.....	93
b.	Einbeziehung nach Vertragsschluss (nachgeschobene AGB)....	96
c.	Änderung oder Neufassung von AGB.....	97
3.	Deutlicher Hinweis auf AGB.....	101
a.	Anforderung an die Deutlichkeit.....	102
b.	Schriftlicher und (fern-)mündlicher Vertragsschluss.....	107
c.	Aushang statt Hinweis.....	109
d.	Konkludente Verweisung.....	111
4.	Möglichkeit zumutbarer Kenntnisnahme.....	112
a.	Zugänglichkeit der AGB als Konsenserfordernis.....	112
b.	Möglichkeit der Kenntnisnahme (Verfügbarkeit).....	116
c.	Zumutbarkeit der Kenntnisnahme.....	119
d.	Schriftlicher und (fern-)mündlicher Vertragsschluss.....	124
5.	Transparenzgebot.....	127
a.	Verständlichkeit.....	129
aa.	Textgestaltung (Übersichtlichkeit und Erkennbarkeit)....	129
bb.	Umfang der AGB.....	130
cc.	Verwendung von Fachausdrücken.....	131
dd.	Verweisung auf gesetzliche und weitere Vorschriften....	133
ee.	Staffelverweisungen.....	136
b.	Lesbarkeit der AGB.....	138
6.	Sprache der AGB.....	140
7.	Beweisfragen und Rechtsfolge.....	144
a.	Beweisfragen.....	144
b.	Rechtsfolge.....	147
III.	Wichtige Einzelfälle der Einbeziehung von AGB.....	151
1.	Einbeziehung von AGB im elektronischen Geschäftsverkehr (E-Commerce).....	151
a.	Rechtsgeschäftliche Vereinbarung und massgebender Zeitpunkt.....	151
b.	Deutlicher Hinweis.....	154

c.	Möglichkeit zumutbarer Kenntnisnahme .....	156
aa.	Verfügbarkeit.....	156
bb.	Technische Vorkehrungen.....	160
cc.	Klauseltransparenz .....	162
d.	Sprache.....	165
e.	Besonderheiten im unternehmerischen Geschäftsverkehr (b2b).....	168
2.	Einbeziehung von ungewöhnlichen Klauseln (Ungewöhnlichkeitsregel) .....	169
a.	Grundlage und Grundsatz .....	169
b.	Entstehungsgeschichte und Anwendungsbereich.....	171
c.	Voraussetzungen im Einzelnen.....	172
aa.	Subjektive Ungewöhnlichkeit.....	174
bb.	Objektive Ungewöhnlichkeit.....	176
cc.	Besondere Hervorhebung – tatsächliche Kenntnis .....	182
d.	Rechtsprechungsübersicht.....	184
e.	Verwendung von Vertragsfloskeln.....	187
f.	Rechtsfolge und Beweis.....	188
3.	Einbeziehung von Gerichtsstands- und Schiedsklauseln.....	189
a.	Funktion, Rechtsnatur und Geltung von Gerichtsstandsklauseln.....	189
b.	Gerichtsstandsklauseln in AGB im nationalen Geschäftsverkehr.....	192
aa.	Willenseinigung (Konsens) .....	192
aaa.	Vertrauensprinzip.....	192
bbb.	Klarheit und Deutlichkeit.....	194
ccc.	Zugänglichkeit der Gerichtsstandsklausel in AGB...	197
ddd.	Ungewöhnlichkeit der Gerichtsstandsklausel in AGB .....	199
eee.	Weitergeltung der «typographischen» Rechtsprechung? .....	200
bb.	Zwingende Gerichtsstände der ZPO.....	204
cc.	Formvorschriften gemäss ZPO.....	205
c.	Gerichtsstandsklauseln in AGB im Anwendungsbereich des IPRG .....	210
d.	Gerichtsstandsklauseln in AGB im Anwendungsbereich des LugÜ .....	213
e.	Schiedsklauseln in AGB .....	218
4.	Einbeziehung von AGB im unternehmerischen Geschäftsverkehr (b2b) .....	220
a.	Rechtsgeschäftliche Vereinbarung (insb. Zugänglichkeitsregel).....	220
b.	Deutlicher Hinweis.....	222

c.	Möglichkeit zumutbarer Kenntnisnahme .....	224
aa.	Erkundigungs- und Verschaffungsobliegenheit .....	224
bb.	Klauseltransparenz .....	228
d.	Stillschweigende Einbeziehung  (Wissen-Müssen als Regel?) .....	230
e.	Laufende Geschäftsverbindung .....	231
f.	Branchenüblichkeit .....	233
g.	AGB im kaufmännischen Bestätigungsschreiben .....	236
h.	AGB in der Auftragsbestätigung .....	240
i.	Sprache .....	241
j.	Ungewöhnlichkeitsregel .....	244
k.	Battle of the Forms .....	244
<b>§ 8</b>	<b>Auslegungskontrolle .....</b>	<b>248</b>
I.	Allgemeines .....	248
1.	Begriff und Einordnung der Auslegungskontrolle .....	248
2.	AGB-Auslegung als Individualkontrolle .....	248
3.	Individuell-konkrete vs. generell-abstrakte Auslegung .....	252
4.	Besondere Auslegungsgrundsätze .....	256
II.	Vorrang der Individualabrede .....	257
1.	Grundsatz und Anwendungsbereich .....	257
2.	Beweis und Rechtsfolge .....	260
3.	Grundlage und Rechtfertigung .....	261
4.	Abgrenzung Individualabrede vs. AGB .....	262
5.	Anwendungsfälle .....	263
6.	Vermeidung von Widersprüchen .....	265
7.	Vertretungsmacht und Bestätigungsvorbehaltsklauseln .....	266
III.	Unklarheitenregel .....	268
1.	Grundsatz .....	268
2.	Grundlage und Rechtfertigung .....	269
3.	Anwendungsbereich und Voraussetzungen .....	272
a.	Anwendungsbereich .....	272
b.	Mehrdeutiger Klauselinhalt – Subsidiäre Geltung .....	273
c.	Einseitig gestellte AGB-Klausel .....	275
d.	Kundenfreundliche Variante .....	276
4.	Anwendungsbeispiele .....	277
5.	Rechtsfolge und Verhältnis zur Inhaltskontrolle .....	280
a.	Kundenfreundlichste Auslegung der Unklarheitenregel .....	280
b.	Vorrang der kundenfeindlichsten Auslegung der Inhaltskontrolle .....	281
6.	Kritik .....	282
7.	Weitere Regeln für Zweifelsfälle .....	283

IV.	Gesetzeskonforme Auslegung (inklusive Restriktionsprinzip).....	284
1.	Prinzip und Teilgehalte.....	284
2.	Restriktionsprinzip .....	285
3.	Vorrangregel bei mehrdeutigen Klauseln.....	286
4.	Wiederholung von Gesetzesbestimmungen.....	286
5.	Kritik .....	287
V.	Vertraglich vereinbarte Auslegungsregeln.....	287
<b>§ 9</b>	<b>Gültigkeitskontrolle .....</b>	<b>289</b>
I.	Allgemeines .....	289
II.	Relevante Einzelbestimmungen .....	290
<b>§ 10</b>	<b>Die offene Inhaltskontrolle nach Art. 8 UWG (2011) .....</b>	<b>296</b>
I.	Die historische Entwicklung von Art. 8 UWG .....	296
1.	Die Entstehung von Art. 8 UWG (1986).....	296
2.	Die Kritik an Art. 8 UWG (1986).....	297
3.	Die Revision von Art. 8 UWG (1986).....	298
4.	Der Vergleich von Art. 8 UWG (1986) und Art. 8 UWG (2011)....	300
II.	Die intertemporale Anwendung von Art. 8 UWG (2011).....	301
1.	Ab 1. Juli 2012 vertraglich vereinbarte bzw. verwendete AGB .....	301
2.	Vor dem 1. Juli 2012 verwendete bzw. vertraglich vereinbarte AGB.....	302
III.	Die internationalprivatrechtliche Anwendung von Art. 8 UWG (2011) .....	306
IV.	Stand des AGB-Rechts in der Europäischen Union und seine Bedeutung für die Schweiz .....	308
1.	Richtlinie 93/13/EWG über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen .....	308
2.	Die Rechtsprechung des EuGH zur Richtlinie 93/13/EWG .....	310
a.	Leitsätze aus den EuGH-Entscheidungen mit vorwiegend prozessualer Ausrichtung .....	310
b.	Leitsätze aus den EuGH-Entscheidungen mit vorwiegend materiellrechtlicher Ausrichtung.....	316
c.	Stand der EuGH-Rechtsprechung mit vorwiegend prozessualer Ausrichtung .....	324
d.	Stand der EuGH-Rechtsprechung mit vorwiegend materiellrechtlicher Ausrichtung.....	380
3.	Bedeutung der EuGH-Rechtsprechung für die Schweiz.....	479
4.	Weitere Erkenntnisquellen .....	481
V.	Der Normzweck .....	482

---

VI. Die Tatbestandsvoraussetzungen von Art. 8 UWG (2011).....	482
1. Die Verwendung allgemeiner Geschäftsbedingungen.....	483
2. Das Erfordernis eines erheblichen und ungerechtfertigten Missverhältnisses zwischen vertraglichen Rechten und Pflichten.....	485
a. «Vorsehen» oder «Verursachen» eines Missverhältnisses durch AGB? .....	486
b. Feststellung des Missverhältnisses zwischen den vertraglichen Rechten und Pflichten .....	487
aa. Entstehungsgeschichte.....	487
bb. Die Feststellung des «Missverhältnisses» als Grundvoraussetzung der Unlauterkeit von AGB.....	488
cc. Gesetzesmaterialien.....	488
dd. Die Regeln der vertraglichen Lückenfüllung als Referenzrahmen.....	489
c. Die «Erheblichkeit» des Missverhältnisses.....	491
d. Wann ist ein erhebliches Missverhältnis «ungerechtfertigt»? .....	493
aa. Ausgangslage vor dem Hintergrund des Unionsrechts ....	493
bb. Helvetischer Sonderfall? .....	495
aaa. Allgemeines .....	495
bbb. Kompensation nachteiliger AGB mit vorteilhaften Vertragsbestimmungen.....	497
ccc. Umfang und Grenzen der Kompensation.....	497
e. Ergebnis .....	499
3. Das Erfordernis der «Treuwidrigkeit» eines (erheblichen und ungerechtfertigten) Missverhältnisses zwischen vertraglichen Rechten und Pflichten.....	500
a. Ausgangslage .....	500
b. Die Auslegung des Begriffs der «Treuwidrigkeit» .....	502
4. Missverhältnis zum Nachteil des Konsumenten.....	505
a. Neue Ausgangslage für KMU .....	505
b. Der Begriff des «Konsumenten».....	506
VII. Rechtsfolge .....	511
VIII. Prüfungsraster zur offenen Inhaltskontrolle von AGB.....	514
IX. Die neue Bestimmung von Art. 8a UWG .....	516
1. Entstehungsgeschichte.....	516
2. Anwendungsbereich .....	518
3. Tatbestandsvoraussetzungen .....	518
a. Buchung von Beherbergungsdienstleistungen .....	518
b. Betreiber einer Online-Buchungsplattform.....	519

c. Einschränkung der Vertragskonditionen durch AGB.....	520
aa. Allgemeines.....	520
bb. Vertragsbedingungen für den Erwerb von Beherbergungsdienstleistungen.....	521
cc. Einschränkung der Vertragsfreiheit durch Paritätsklauseln.....	522
d. Missbräuchlichkeit der Verwendung von Paritätsklauseln?.....	524
4. Rechtsfolge.....	526
5. Bewertung der neuen Bestimmung von Art. 8a UWG .....	526

**Dritter Teil: Einzelfragen des schweizerischen AGB-Rechts .....529**

**§ 11 Das Verhältnis der Ungewöhnlichkeitsregel zur offenen  
Inhaltskontrolle von Art. 8 UWG (2011) .....529**

I. Nicht-Konsument als AGB-Übernehmer.....	529
II. Konsument als AGB-Übernehmer .....	530

**§ 12 Klage eines AGB-Verwenders gegen andere AGB-Verwender .....532**

**§ 13 Verbandsklagen (Konsumentenschutzorganisationen) und  
Klagen des Bundes .....533**

**§ 14 Potentiell problematische AGB.....538**

I. Schranken des zwingenden Rechts (Gültigkeitskontrolle).....	538
1. Gerichtsstandsklauseln für Konsumenten.....	539
2. Haftungsausschluss- und Haftungsbeschränkungsklauseln.....	539
II. Klauseln über die einseitige Abänderung von AGB oder anderen Vertragsbestimmungen .....	542
III. Klauseln über die automatische Vertragsverlängerung.....	547
IV. Klauseln über die kostenpflichtige Verlängerung der gesetzlichen Gewährleistungspflicht (Garantieverlängerung).....	551
V. Klauseln über die Zinspflicht auf dem Gesamtschuldbetrag trotz erfolgter Teilzahlung.....	552
VI. Klauseln über den partiellen Verzicht auf das Bankkündengeheimnis.....	553
1. Grundlagen .....	553
2. Konsenskontrolle.....	557
3. Gültigkeitskontrolle.....	559
4. Auslegungskontrolle.....	559
5. Offene Inhaltskontrolle.....	560
VII. Klauseln über die Bekanntgabe von Kundendaten an Dritte .....	561
VIII. Klauseln über den einseitigen Verzicht auf das Verrechnungsrecht .....	565
IX. Genehmigungs- und Zustellungsfiktionsklauseln .....	566
X. Klauseln über das Einhalten der gebuchten Reiseroute bei Flugreisen.....	571

---

<b>§ 15 Kartellrechtliche Kontrolle von AGB .....</b>	<b>574</b>
I. Allgemeines .....	574
II. Wettbewerbsbeschränkende Abreden mittels AGB? .....	574
1. Tatbestandsvoraussetzungen .....	574
2. Beurteilung im Hinblick auf AGB.....	577
3. Ergebnis.....	581
III. Missbräuchliche Durchsetzung von AGB durch marktbeherrschende Unternehmen.....	581
1. Tatbestandsvoraussetzungen .....	581
2. Beurteilung unter dem Gesichtspunkt von AGB .....	583
3. Ergebnis.....	588
<b>Anhang: .....</b>	<b>589</b>
<b>Rechtsvergleichende Bestimmungen zum AGB-Recht.....</b>	<b>589</b>
I. RL 93/13/EWG .....	589
II. §§ 305–310 BGB .....	598
III. Principles of International Commercial Contracts (PICC).....	606
IV. Principles of European Contract Law (PECL).....	611
<b>Entscheidregister .....</b>	<b>613</b>
1. Entscheide des Schweizerischen Bundesgerichts .....	613
a. Amtlich publizierte Bundesgerichtsentscheide .....	613
b. Nicht amtlich publizierte Bundesgerichtsentscheide.....	619
2. Entscheide des Gerichtshofes der Europäischen Union .....	624
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>637</b>





---

## Abkürzungsverzeichnis

a	alt, altes; Verweis auf gesetzliche Bestimmungen, die durch Gesetzesrevisionen geändert wurden
a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angeführten Ort
a.M.	anderer Meinung / (Frankfurt) am Main
AAB	Allgemeine Arbeitsbedingungen/Allgemeine Anstellungsbedingungen
AB	Amtliches Bulletin
AB NR	Amtliches Bulletin Nationalrat
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch für Österreich vom 1. Juni 1811
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
aBV	alte Bundesverfassung vom 29. Mai 1874
AB SR	Amtliches Bulletin Ständerat
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Tübingen)
ADSp	Allgemeine Deutsche Spediteur-Bedingungen
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union; durch den Vertrag von Lissabon erfolgte Umbenennung des Vertrags über die Europäische Gemeinschaft (EGV).
AG	Aargau
AG/SA	Aktiengesellschaft / Société anonyme
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AJP	Aktuelle Juristische Praxis (Lachen)
al.	alii/aliae = andere
allg.	allgemein
Amtl. Bull.	Amtliches Bulletin
ARB	Allgemeine Reisebedingungen
art.	article = Art.
Art.	Artikel

AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts
AT	Allgemeiner Teil
ATSG	Bundesgesetz vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, [SR 830.01]
Aufl.	Auflage
AVB	Allgemeine Versicherungsbedingungen
BAG	Bundesarbeitsgericht (Deutschland)
b2b	business to business
b2c	business to consumer
BankG	Bundesgesetz vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen (Bankengesetz), [SR 952.0]
BB	Bundesbeschluss / Betriebs-Berater (Frankfurt a.M.)
BBl	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
Bd.	Band
betr.	betreffend
BG	Bundesgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch für das Deutsche Reich vom 18. August 1896 (RGBI. S. 195)
BGBI.	Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich
BGE	Amtliche Sammlung der Entscheide des Schweizerischen Bundesgerichts
BGer	Bundesgericht
BGG	Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz), [173.110]
BGH	Bundesgerichtshof (Deutschland)
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BJ	Bundesamt für Justiz
BJM	Basler Juristische Mitteilungen (Reinach)
BK	Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht
BR	Bundesrat

---

BR/DC	Baurecht / Droit de la construction
BS	Basel-Stadt
BSK	Basler Kommentar
bspw.	beispielsweise
Bst.	Buchstabe
BT	Besonderer Teil
Bull. civ.	Bulletin des arrêts de la Cour de cassation (Frankreich)
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, [SR 101]
BVerfG	Bundesverfassungsgericht (Deutschland)
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
Cass. Civ.	Arrêts de la Cour de cassation, chambre civile (Frankreich)
CCF	Code civil français vom 31. März 1804
CCit	Codice civile italiano vom 16. März 1942
CESL	Common European Sales Law (Vorschlag der EU-Kommission vom 11. Oktober 2011)
CH	Confoederatio Helvetica
CHF	Schweizer Franken = Fr.
CHK	Handkommentar zum Schweizer Privatrecht
CISG	Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 11. April 1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf, [SR 0.221.211.1]
cm	Zentimeter
Co.	Compagnie (Kommanditgesellschaft)
CO	Code des obligations
CR	Commentaire romand / Computer und Recht (Köln)
d.h.	das heisst
D	Dalloz (Paris)

DAV	Deutscher Anwaltverein
DCFR	Draft Common Frame of Reference = Entwurf eines gemeinsamen Referenzrahmens
ders.	derselbe
dgl.	dergleichen
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DM	Deutsche Mark
Dr.	Doktor
DSG	Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz, [SR 235.1]
DTLB	Deutsche Transport- und Lagerbedingungen
E./Erw.	Erwägung(en)
EBG	Eisenbahngesetz vom 20. Dezember 1957, [SR 742.101]
ecolex	Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht (Wien)
E-Commerce	Electronic Commerce
E-Commerce RL	Richtlinie 2000/31/EG vom 8. Juni 2000 über den elektronischen Geschäftsverkehr
éd. / Ed.	Édition / Edition
EDÖB	Eidgenössischer Datenschutz und Öffentlichkeitsbeauftragter
eds.	editors
EFTA	European Free Trade Association = Europäische Freihandelsassoziation
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (Strassburg)
EGV	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft
EJPD	Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
EMRK	Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, [SR 0.101]

XX

---

endg.	endgültig
Erw.	Erwägung(en)
et al.	et alii = und weitere
et al.	et alii,et aliae (und andere)
etc.	et cetera = und so weiter
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof (Luxemburg)
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift (Kehl)
EuGVVO	Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, Verordnung Nr. 44/2001 des Rates vom 22.12.2000, Abl Nr. L 12 vom 16.1.2001
EULA	End User License Agreement
EUR	Euro
Europ.	Europäisch(e)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (München)
EVG	Eidgenössisches Versicherungsgericht (Luzern), offizielle Bezeichnung bis am 31. Dezember 2006; seit 1. Januar 2007 Bundesgericht
evtl.	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
exkl.	exklusiv
f./ff.	und folgende (Seite/Seiten)
FG	Festgabe
FIFA	Fédération Internationale de Football Association
Fn	Fussnote
FR	Kanton Freiburg
Fr.	Schweizer Franken = CHF

Frankfurt/M.	Frankfurt a.M.
Freiburg/B.	Freiburg im Breisgau
FS	Festschrift
Gaz. Pal.	La Gazette du Palais (Paris)
GBI	Gewerkschaft Bau und Industrie
gem.	gemäss
GestG	Bundesgesetz vom 24. März 2000 über den Gerichtsstand in Zivilsachen
Gew.	Gewicht
ggf.	gegebenenfalls
Gl.M.	Gleicher Meinung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GoA	Geschäftsführung ohne Auftrag
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht (Köln)
GPS	Global Positioning System
GR	Graubünden
GVP	St. Gallische Gerichts- und Verwaltungspraxis
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
Habil.	Habilitation
HAVE	(Zeitschrift für) Haftpflicht und Versicherung (Zürich)
HG/HGer	Handelsgericht
HRegV	Handelsregisterverordnung vom 17. Oktober 2007, [SR 221.411]
Hrsg.	Herausgeber
HTML	Hypertext Markup Language
i.A.v.	in Anwendung von
i.c.	in casu = im vorliegenden Fall
i.d.R.	in der Regel
i.E.	im Ergebnis

---

i.e.S.	Im eigentlichen Sinn
i.S.	in Sachen; im Sinne (des, der)
i.S.v.	im Sinne von
i.Üe.	Im Üechtland
i.V.m.	in Verbindung mit
IHR	IHR – Internationales Handelsrecht, Zeitschrift für das Recht des internationalen Warenkaufs und Warenverkehrs (Köln)
Incoterms	International Commercial Terms
inkl.	inklusive
insb.	insbesondere
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Bielefeld)
IPRG	Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht, [SR 291]
IT	Informationstechnik
ital.	italienisch(e)
ITRB	Der IT-Rechts-Berater (Köln)
iur.	iuris
JBl	Juristische Blätter (Wien)
JR	Juristische Rundschau (Berlin)
JT/JdT	Journal des Tribunaux (Lausanne)
JZ	Juristenzeitung (Tübingen)
Kap.	Kapitel
KG	Bundesgesetz vom 6. Oktober 1995 über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz, KG), [SR 251]
kg	Kilogramm
KGer	Kantonsgericht
KHG	Kernenergiehaftpflichtgesetz vom 18. März 1983, [SR 732.44]

KIG	Bundesgesetz vom 5. Oktober 1990 über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten (Konsumenteninformationsgesetz), [SR 944.0]
KKG	Bundesgesetz vom 23. März 2001 über den Konsumkredit, [SR 221.214.1]
km	Kilometer
km/h	Kilometer pro Stunde
KMU	Kleinere und mittlere Unternehmen
KOM	Europäische Kommission
KSchG	(österreichisches) Bundesgesetz vom 8. März 1979, mit den Bestimmungen zum Schutz der Verbraucher getroffen werden (Konsumentenschutzgesetz), [BGBl. Nr. 140/1979]
kt.	kantonal
KUKO	Kurzkommentar
L.J.	Law Journal
LCD	Loi fédérale contre la concurrence déloyale, [RS 241]
LG	Landgericht (Deutschland)
LGBl.	Landesgesetzblatt
lit.	litera = Buchstabe
LL.M.	Master Legibus
LM	Lindenmaier/Möhring, Nachschlagwerk des Bundesgerichtshofs
Ltd.	Limited
LU	Luzern
LugÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, [SR 0.275.12]
m	Meter
m.a.W.	mit anderen Worten
m.E.	meines Erachtens
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen



---

m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
max.	maximal
Mio.	Million(en)
MLaw	Master of Law
MMR	MultiMedia und Recht (München)
mp	Mietrecht für die Praxis (Bern)
MünchKomm	Münchener Kommentar zum BGB
N	Randnote(n)
n.p.	nicht publiziert
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (München)
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report (München)
NR	Nationalrat
Nr.	Nummer
NY	New York
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (München)
NZZ	Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
o.	oben
ÖBA	Österreichisches Bankarchiv (Wien)
OECD	Organisation for Economic Co-Operation and Development
OGer	Obergericht
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung (Wien)
OLG	Oberlandesgericht (Deutschland)
OR	Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht), [SR 220]
OR 2020	Schweizerisches Obligationenrecht 2020, Entwurf für einen neuen allgemeinen Teil
p.a.	per annum

PauRG	Bundesgesetz vom 18. Juni 1993 über Pauschalreisen, [SR 944.3]
PC	Personal Computer
PDF	Portable Document Format
PECL	Principles of European Contract Law = Grundregeln des europäischen Vertragsrechts
PG	Postgesetz (PG) vom 17. Dezember 2010, [SR 783.0]
PICC	Principles of International Commercial Contracts des UNIDROIT
port.	portugiesisch(e)
Pra	Die Praxis des Bundesgerichts (Basel)
PrHG	Bundesgesetz vom 18. Juni 1993 über die Produkthaftpflicht (Produkthaftpflichtgesetz), [SR 221.112.944]
Prof.	Professor
Prot.	Protokoll
PS	Pferdestärke
Pt.	Punkt
Q.B.	Queen's Bench
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (Tübingen)
RBOG	Rechenschaftsbericht des Obergerichts des Kanton Thurgau
RdW	Österreichisches Recht der Wirtschaft (Wien)
Rec.	Recueil
recht	Zeitschrift für juristische Weiterbildung und Praxis (Bern)
resp.	respektive
rev.	revidiert
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (Heidelberg)
RK-S/RK-N	Kommission für Rechtsfragen (Ständerat/Nationalrat)
RL	Richtlinie

---

RS	Recueil systématique du droit fédéral = SR
Rs.	Rechtssache
RTD civ.	Revue trimestrielle de droit civil (Paris)
Rz.	Randziffer(n)
s.	siehe
S.	Seite(n)
SAV	Schweizerischer Anwaltsverband
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SchKG	Bundesgesetz vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs, [SR 281.1]
SchlT	Schlusstitel
Sek.	Sekunde(n)
SemJud	La Semaine Judiciaire (Genf) = SJ
SG	St. Gallen
SHK	Stämpflis Handkommentar
SIA	Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein
SIR	Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
SIWR	Schweizerisches Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht (Basel)
SJ	La semaine judiciaire (Genf) = SemJud
SJK	Schweizerische Juristische Kartothek (Genf)
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung (Zürich)
Slg.	Sammlung
SLK	Schlichtungskommission
SMS	Short Message Service
SO	Solothurn
sog.	sogenannt
SPR	Schweizerisches Privatrecht (Basel)
SR	Ständerat / Systematische Sammlung des Bundesrechts

StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937, [SR 311.0]
StPO	Strafprozessordnung
StromVG	Bundesgesetz vom 23. März 2007 über die Stromversorgung (Stromversorgungsgesetz, StromVG), [SR 734.7]
SUVA	Schweizerische Unfallversicherungsanstalt, Luzern
SVG	Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958, [SR 741.01]
SVP	Schweizerische Volkspartei
SVR	Strassenverkehrsrecht – Zeitschrift für die Praxis des Verkehrsjuristen
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht (Zürich)
SZW	Schweizerische Zeitschrift Wirtschafts- und Finanzmarktrecht (Zürich)
SZZP	Schweizerische Zeitschrift für Zivilprozessrecht (Lachen)
t	Tonnen
Tab	Tabelle
u.a.	unter anderem (anderen) / und andere
u.dgl.	und dergleichen
u.E.	unseres Erachtens
u.U.	unter Umständen
UKlaG	Unterlassungsklagengesetz
UN/UNO	United Nations Organization = Organisation der Vereinten Nationen
UNIDROIT	Institut international pour l'unification du droit privé
UN-Kaufrecht	= CISG
URL	Uniform Resource Locator
USA	United States of America = Vereinigte Staaten von Amerika
USB	Universal Serial Bus

---

USG	Bundesgesetz vom 7. Oktober 1983 über den Umweltschutz, [SR 814.01]
usw.	und so weiter
UV	Unfallversicherung
UVEK	Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
UWG	Bundesgesetz vom 19. Dezember 1986 gegen den unlauteren Wettbewerb, [SR 241]
V	Verordnung
v.	vom/von
v.a.	vor allem
VAG	Bundesgesetz vom 17. Dezember 2004 betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz, VAG), [SR 961.01]
VD	Waadt
VBGL	Vertragsbedingungen für den Güterkraftverkehrs- und Logistikunternehmer
VDSG	Verordnung vom 14. Juni 1993 zum Bundesgesetz über den Datenschutz, [SR 235.11]
VE	Vorentwurf; Vernehmlassungsentwurf
VersR	Versicherungsrecht – Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht (Karlsruhe)
VG	Bundesgesetz vom 14. März 1958 über die Verantwortlichkeit des Bundes sowie seiner Behördemitglieder und Beamten (Verantwortlichkeitsgesetz), [170.32]
Vgl./vgl.	vergleiche
Vi	Vorinstanz
VKU	Verordnung vom 17. Juni 1996 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen, [SR 251.4]
VO	Verordnung
vol.	Volumen
VPB	Verwaltungspraxis der Bundesbehörden
vs.	versus

VSE	Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
VVG	Bundesgesetz vom 2. April 1908 über den Versicherungsvertrag, [SR 221.229.1]
WM	Wertpapier-Mitteilungen – Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht (Frankfurt/M.)
WeKo	Wettbewerbskommission
www	world wide web
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
ZBGR	Schweizerische Zeitschrift für Beurkundungs- und Grundbuchrecht (Wädenswil)
ZBJV	Zeitschrift des bernischen Juristenvereins (Bern)
ZEuP	Zeitschrift für europäisches Privatrecht (München)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 [SR 210]
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (Berlin)
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZH	Zürich
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Köln)
zit.	Zitiert
ZK	Zürcher Kommentar zum Obligationenrecht
ZPO	Schweizerische Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 [SR 272]
ZR	Blätter für Zürcherische Rechtsprechung (Zürich)
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht (Basel)
ZVR	Zeitschrift für Verkehrsrecht (Wien)

XXX